

bruar
onnabend
19 Uhr
Pique Dame
r. 2684-2688
19.30 Uhr
Philos., der
ngs Gelehrte
r. 8379-8418
19.50 Uhr
Die Frau,
e jeder sucht
r. 4081-4147
19.45 Uhr
Das Geld
d der Straße
r. 401-480
20 Uhr
Priederlis
20 Uhr
Lascottchen

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei den Verlagsstellen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (mit Post) 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbahnhöfstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18596 / Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-L. Mittelbahnhöfstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckverlag: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 18. Februar 1929

Nummer 41

Koalitionsschacher und Panzerkreuzerbau

Hermann Müllers Handel um Ministerfessel — Amerikanische Kriegsvorbereitungen

SPD-Minister für zweite Panzerkreuzerrate

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichsrat beginnt heute mit der Beratung des Hilfsdienstgesetzes, das auch die 2. Rate für den Panzerkreuzerbau enthält. Trotz aller Beschlüsse sozialdemokratischer Konferenzen und Mitgliederparlamenten haben bekanntlich die sozialdemokratischen Minister dem Etat und der zweiten Rate für den Panzerkreuzer A ihre Zustimmung gegeben.

Wie wir jüngst erfahren, hat das Preussenkabinett, in Gegenwart von Otto Braun und Griebnitz, ebenfalls einstimmig beschlossen, für die zweite Rate für den Panzerkreuzerbau zu stimmen. Die preussischen Führer im Reichsrat wurden dementsprechend instruiert. Auch die übrigen sozialdemokratischen Koalitionsregierungen in Braunschweig, Mecklenburg, Hessen, Baden usw. werden sich diesem Vorgehen der preussischen Regierung anschließen, so daß im Reichswehrministerium erwartet wird, daß der Panzerkreuzer im Reichsrat ohne jede Schwierigkeit bewilligt werden wird.

Trotzdem sich die sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Versammlungen fast einstimmig gegen das Mehrprogramm der Dittmann und Genossen ausgesprochen haben, werden die sozialdemokratischen Minister jede von der Bourgeoisie verlangte Summe für Rüstungszwecke bewilligen. Die Zustimmung zur zweiten Panzerkreuzerrate durch die sozialdemokratischen Führer mit einem Massenprotest der sozialdemokratischen Arbeiter auslösen und sie zwingen, gemeinsam mit den Kommunisten gegen alle imperialistischen Pläne zu kämpfen.

Der Schacher geht weiter

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Diese Woche werden die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition im Reich wieder aufgenommen. Ihnen voraus gehen Verhandlungen zur Umbildung der preussischen Regierung. Vorher soll eine Aussprache zwischen den Parteiführern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei stattfinden.

Wiederzusammentritt des Reichstages

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichstag tritt nach der Fastenpause heute wieder zusammen. Nicht zur Beratung des unglücklichen Hilfsdienstgesetzes oder der durch die Kältewelle verschärften Notlage der werktätigen Massen resp. der zur Linderung dieser Not von den Kommunisten gestellten Anträge, sondern heute und morgen soll die Frage der Kleinrentner und Mittwoch und Donnerstag die Anträge und Interpellation über die Verkehrsminister oder besser Verkehrsminister auf der Eisenbahn beraten werden.

Ueber die durch die Enteignungs- und Inflationspolitik der Truhs und Banken verelendeten Kleinrentner wird ohne Zweifel weder sehr viel geredet und geschmäht werden. Aber gehoffen wird nicht, weil für diese verarmten Mittelschichten genau so wenig Geld vorhanden ist wie für die Erwerbslosen. Genau so wird es gehen mit der Beratung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs. Man wird wieder allerlei versprechen, aber geändert wird das Dörmmlerregiment nicht.

Die Aufgaben nach der Bezirkspartei-arbeiter-Konferenz

asa. Am Sonntag, dem 17. Februar, fand in Dresden im Künstlerhaus unsere Bezirkspartei-Konferenz statt. Die Parteiarbeiter Ostfachsens, vor allem die führenden kommunistischen Gewerkschaftsarbeiter, kamen zusammen, um in unserer Massenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft Stellung zu nehmen. Es galt, die brennenden Fragen der Wirtschaftskämpfe zu der Herausbildung selbständiger Kampfführungen, zu den Betriebsratemahlen, und unsere Strategie und Taktik in diesen Kämpfen durchzuberaten.

Die ostfächsische Parteiarbeiterkonferenz zeigte besonders durch die einheitliche Auffassung der Diskussionsredner über das Referat des Genossen Hedert, der zu den Beschlüssen des Zentralkomitees vom 24. und 25. Januar und der Reichsparteiarbeiterkonferenz vom 26. und 27. Januar und der Anwendung der Linie des 4. KZK und des 6. Weltkongresses sprach, daß sich die ostfächsische Parteimitgliedschaft hinter die Beschlüsse der Partei stellt. Nur ein Genosse (Weinhold) war auf der Konferenz, der gegen die Entschließung der Partei stimmte, es aber vorzog, in der Diskussion zu schweigen. Die Aufgabe der 200 Genossen, die an der Konferenz teilnahmen, ist es, die Lehren der Arbeitskämpfe, wie sie sich im Reichsmajakat gezeigt haben, insbesondere die Lehren der Bewegungen der Ruhr-Metallarbeiter, Hamburger Eisenarbeiter, West- und Textilarbeiter den breiten Mitgliedergruppen aufzuzeigen, die Beschlüsse der Partei zu konkretisieren und sie im Bezirk Ostfachsen auszuwerten und anzuwenden.

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum bringen eine häßliche Verschärfung des Gegensatzes zwischen Reformismus und Klassenkampf mit sich. In dieser Zeit geht gleichzeitig mit der steigenden Zahl der Wirtschaftskämpfe ein immer härteres Zusammenarbeiten des Dreihundes: Unternehmer, Staat und Gewerkschaftsbürokratie, sowie eine schnellere Entlohnung der reformistischen Gewerkschaftsführer vor sich. Wenn einerseits die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbürokratie immer enger mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat vermischt, so bedingt das andererseits für die revolutionäre Arbeiterklasse die einheitliche Kampffront aller in den Betrieben Beschäftigten unter selbstgewählten Leitungen aufzurichten, um so von sich aus die Kämpfe zu organisieren und zu führen gegen den kapitalistischen Staat, gegen das Unternehmertum und gegen die verästelte Gewerkschaftsbürokratie.

In engster Verbindung mit der Stellungnahme zu den betrieblichen Kampfaktionen für die Wirtschaftskämpfe gilt es, die Rolle der Unorganisierten eingehend zu analysieren. Dies um so mehr, da auch in Ostfachsen, trotzdem es der Bezirk mit stärkster gewerkschaftlicher Organisation ist, entscheidende Betriebe, vor allem in der gesamten Textilindustrie, sehr oft weit über die Hälfte Unorganisierte aufweisen. Will die ostfächsische Partei ihren Aufgaben gerecht werden, dann muß ein enges Zusammenarbeiten mit den revolutionären, Klassenbewußten Teil der Unorganisierten erreicht werden. Angesichts der rückwärtigen Unternehmensrenten und der wachsenden Krisenperiode bildet die richtige Stellungnahme der Partei zu den Unorganisierten und zu der Frage der Kampfaktionen und die richtige Anwendung der Beschlüsse des 4. KZK-Kongresses und des 6. Weltkongresses die Voraussetzung, um auch hier in unserem Bezirk die notwendige revolutionäre Front aufzurichten.

In Ostfachsen steht eine Reihe wichtiger Wirtschaftskämpfe bevor.

Nachdem die Textilarbeiterbewegung durch den eifrigen Einsatz der Reformisten beendet, sowie die nach dem Schiedspruch ausgebrochenen betrieblichen Kämpfe abgewirgt worden sind, nachdem die außerordentlich günstigen Positionen bei der Dresdner Holzwarenindustrie nicht ausgenutzt wurden, da eine freie Vereinbarung ohne Bestrafen der Arbeiterkraft im Funktionärskörper die Zustimmung fand, erledigte jedoch die Gewerkschaftsbürokratie des Verkehrsverbundes und des Gemeindearbeitersverbandes die Bewegung der löschlichen Eisenbahner und Gemeindegewerkschaften. Die bedeutungsvolle kommende Bewegung wird der Konflikt in der Metallindustrie sein. Doch so, wie bekannt wird, daß nachdem die Gewerkschaftsbürokratie des Holzarbeiterverbandes die Lohnsätze für 120.000 Holzarbeiter im Reichsmajakat nicht getündigt hat, die Unternehmer die Kündigung einreichten, so sind im Bezirk der Ostfachsen die Arbeiter der löschlichen Metallindustriellen zur Kündigung des Lohnsatzes der Metallarbeiter übergegangen.

Die Bauarbeiter und Zimmerer stehen vor dem Abschluß eines neuen Reichsmajakates. Auch der Lohnsatz der Bauarbeiter läuft am 31. März ab. Die Buchdrucker, die graphischen Hilfsarbeiter, die Buchbinder, die Kartonnagenindustrie, die Eisenbahner, die Glasarbeiter, die chemische und Papierindustrie, die fermetische Industrie und die Jigarenarbeiter haben bereits

Neue Kriegsvorbereitungen Amerikas

Washington, 18. Februar. (Europa-Press.)

Die Armeekommission des Repräsentantenhauses wird im nächsten Plenum einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den der Kriegsminister ermächtigt wird, gewisse industrielle Werke in Friedenszeiten mit den zur Herstellung von Waffen und Munition erforderlichen Maschinen und Materialien, sowie mit dem mit der Fabrikation von Kriegsmaterial besonders vertrauten Personal auszurüsten. Auf diese Weise soll die Mobilisierung der amerikanischen Industrie innerhalb weniger Stunden nach einer Kriegserklärung gesichert werden. Der Gesetzentwurf stellt dem Kriegsminister jährlich einen Kredit von 1,2 Millionen Dollar zur Verfügung, um die nötigen Verträge mit Industriellen abzuschließen.

Massenprozeß gegen revolutionäre Arbeiter in Amerika

New York, 16. Februar. (Inprekorrmeldung.)

Am 18. Februar beginnt vor dem Berufungsgericht des Bundesstaates Massachusetts der große Prozeß gegen 662 Teilnehmer am letztjährigen Textilarbeiterstreik von New Bedford, die gegen ihre Verurteilung wegen Streikpostenstehen Berufung eingelegt haben. Gleichzeitig findet auch der Prozeß gegen 26 Führer des revolutionären Verbandes der Textilarbeiter und anderer revolutionärer Organisationen wegen Verschwörung zum Streikpostenstehen statt. Es handelt sich hier um Verurteilung der revolutionären Gewerkschaften zu erschweren. Die Sektion der Internationalen Roten Hilfe der USA hat Rechtsbeistand gestellt.

Neuer militärischer Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien

Washington, 18. Februar.

Dem Staatsdepartement wurde von dem paraguayischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß nach zuverlässigen Meldungen, die die paraguayische Regierung erhalten habe, die bolivianischen Truppen besonders im Gran-Chaco-Gebiet eine lebhaftere Befestigung vorbereiten. Die paraguayischen Truppen befürchteten, daß die im Gran-Chaco-Gebiet befindlichen paraguayischen Truppen unter Vermeidung gezwungen sein könnten, sich gegen die bolivianischen Angriffe zu verteidigen, wodurch es trotz der Schiedsgerichts-

tätigkeit der panamerikanischen Konferenz zu einem neuen militärischen Konflikt kommen könnte.

Aman Allah befehligt seine Stellung

Moskau, 16. Februar. (Inprekorr.)

Wie aus Ternes von der albanischen Grenze berichtet wird, fanden in vielen Städten der nordalbanischen Provinzen zahlreiche Sympathieversammlungen für Aman Allah statt. In Marwan Scheriff und Sanabad tauchten in der letzten Zeit Emirs Beschlüsse auf, deren Propaganda die Sanabader Behörden mit 250.000 Rubeln nicht energisch genug entgegengetreten.

Nach einer Meldung aus Kabul sind unter der Befehlshabung von Kujistan infolge der Plünderungen und der von den Agenten Pascha Salas mit großer Härte durchgeführten Mobilisation Unruhen ausgebrochen.

Wie aus Djelalabad berichtet, ist ein kleiner Teil der auf Kabul vorrückenden Truppen Ali Achmed Khans zu Pascha Salas übergegangen. Infolgedessen haben die Führer der Schimshari- und Kujistan-Stämme die Truppen teilweise entlassen.

Zur Beilegung der Berührung der Differenzen zwischen den Stämmen und zur Ausarbeitung des weiteren Kampfpianes gegen Kabul wurde im Dorje Kaba bei Djelalabad die "Dirga" (Beratung von Delegierten der Stämme) dringlich einberufen.

Massenentlassungen bei Bemberg

Wie uns aus Barmen berichtet wird, will die Direktion der Bemberg-WG die Werke Barmen-Rittershausen schließen und damit 1190 Arbeiter auf die Straße werfen. Nach den ungeheuren Rationalisierungsmassnahmen gerade bei Bemberg, die den Aktionären Dividenden einbrachten, wird die junge Sägewerk wiederum mit Umbaumassnahmen und Spezialisierung des Betriebes begründet. Desgleichen plant man die Einrichtung von Versuchswerkstätten, die der Fortwicklung der weiteren Rationalisierung des Betriebes dienen sollen.

Bemberg hat in der letzten Generalversammlung 14 Prozent Dividende verteilt, außerdem seinen Aktionären neue Aktienpakete weit unter dem Kurs zum Geschenk gemacht. Der Rückgang des Aufschlagsrates teilte in dieser Versammlung mit, daß sich die Produktion im letzten Jahre trotz Kurzarbeit und trotz Entlassung von etwa 800 Arbeitern und Arbeiterinnen verdoppelt habe. Dies war nur möglich durch rückwärtige Rationalisierung des Betriebes. Jetzt wird weiter rationalisiert. Das bedeutet neuen erheblichen Gewinn für die Bemberg-Unternehmer und noch größere Leid und Entbehrungen für die dortigen Textilarbeiter.

Die Rebellion gegen die sozialimperialistische Bureaucratie

Sozialdemokratische Anträge zum Magdeburger Parteitag

Unter den Anträgen zum Magdeburger Parteitag, die im „Vorwärts“ veröffentlicht wurden, befinden sich zahlreiche Äußerungen des Unwissens der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen das Treiben der reformistischen Parteibureaucratie. Die Beziehungen der SPD-Führer zu den bürgerlichen Organisationen, ihr Stimmrecht auf den Parteitage, ihre Gehälter und Pensionen, ihre Eigenmächtigkeit in der Entscheidung aller politischen Fragen sind Gegenstand mehrerer Anträge, die von der Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter berechtigtes Zeugnis ablegen.

Es charakterisiert die „Gewerkschaftspartei“, wenn ein Antrag Trübsal über die Forderung erheben muß, daß Richtlinien für das Verhältnis der beamteten Genossen zu den Gewerkschaftsorganisationen aufgestellt werden sollen. Bekanntlich geht die Feindseligkeit der reformistischen Staatsbeamten gegen die freien Gewerkschaften oft so weit, daß sie sogar ausgesprochen gelbe Gewerkschaftsorganisationen gegen die freien Gewerkschaften unterstützen.

Beuthen (O.S.) verlangt, daß der Magdeburger Parteitag prüfen soll, ob die Zugehörigkeit sozialdemokratischer Führer zu dem durch und durch nationalsozialistischen Bund der Auslandsdeutschen mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei vereinbar ist. Also auch an dieser Organisation der Bourgeoisie sind führende Sozialdemokraten beteiligt! Die Ortsvereine Düsseldorf und München-Gladbach schließlich verlangen, daß die bei SPD-Führern besonders beliebte Mitarbeit an „generischen politischen Zeitungen“, d. h. in der Bourgeoisie, unterlagert werde.

Es verheißt sich von selbst, daß der Magdeburger Parteitag über diese Anträge ebenso zur Tagesordnung übergehen wird, wie schon früher die sozialdemokratischen Parteitage regelmäßig über alle Anträge zur Tagesordnung übergegangen sind, die an der Mitarbeit der SPD-Führer an den Klassenorganisationen und -organen der Bourgeoisie Kritik übten.

Stärker noch als der Druck der Arbeiter in dieser Richtung, ist die Empörung über die hohen Gehälter und Pensionen, mit denen die sozialdemokratische Partei- u. Staatsbeamten ihre soziale Frage gelöst haben. Besonders Entrüstung hat bei den Arbeitern die Tatsache hervorgerufen, daß die hochbezahlten SPD-Führer gar nicht daran denken, im Verhältnis ihrer Einnahmen zu den finanziellen Beiträgen der Partei zu leisten. So verlangt der Ortsverein Freital von Parteitag Richtlinien, nach denen finanziell leistungsfähige Genossen zu den finanziellen Vätern der Parteibewegung in größerem Maße als bisher heranzuziehen sind. Dieser sachliche Antrag richtet sich offensichtlich gegen die „linken“ SPD-Führer. In derselben Linie liegt der Berliner Antrag, der verlangt, daß

„grundsätzlich von den parteigenösslichen Beamten, Angestellten und Abgeordneten der Partei der Einkommens aus öffentlichen Mitteln, welcher nach Abzug der Aufwandsentschädigungen und Kinderzulagen monatlich 10.000,- überschreitet, an die Parteikasse abzuführen ist“

Ein Antrag, der beinahe den einheitlichen Widerstand der rechten wie der „linken“ Parteibureaucratie gegen sich hat und von der Parteibureaucratie des ganzen Reiches auf dem Magdeburger Parteitag mit wahrer „sozialistischer“ Begeisterung niedergestimmt werden wird.

In der Kommunistischen Partei ist bekanntlich die Awanasabführung hoher Gehälter, Pensionen usw. an die Parteiführer seit langen Jahren geregelt, und die Höchstsumme beträgt hier nicht 1000 Mark, sondern nur 500 Mk. Der Abbau der Pensionen bis auf höchstens 1000, in 660 Mark wird von zahlreichen Ortsgruppen gefordert; wir nennen Kaiserslautern, Kehlheim (Baden), Wittenberg u. a. Auch diese Anträge richten sich vor allem gegen die „renommierte“ Bureaucratie der Sozialdemokratischen Partei.

Von tiefstem Mißtrauen gegen die Parteibureaucratie sind auch die Anträge von Beckin und Genthin bezeugt, in denen insbesondere verlangt wird, daß die sozialdemokratischen Minister vor der Entscheidung über wichtige Fragen die Entscheidung der Fraktionen und Parteiführer an-

zurufen haben, vor allem aber auch der Antrag Wolmirski, daß befohlene Parteifunktionäre nicht zu den Reichs- und Bezirksparteitagen gewählt werden dürfen. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratischen Parteitage nicht von den einfachen Arbeitern, sondern von den Angehörigen zusammengesetzt sind, und gar auf dem Reichsparteitag haben — im vollen Gegensatz zur Kommunistischen Partei — die obersten Spitzen des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion usw. volles Stimmrecht und sind so in der Lage, die Entscheidungen des Reichsparteitages weitestgehend zu beeinflussen.

Insgesamt ergibt sich aus den Anträgen der Ortsgruppen das einheitliche Bild einer starken Rebellion der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen das Regime der Parteibureaucratie, die mit dem Kapitalismus und mit dem imperialistischen Staat bereits vollständig verwachsen

ist. Diese Rebellion ist darin begründet, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft eine proletarisch-revolutionäre Klassenpolitik fordert, und sie tritt fast immer zusammen mit politischen Forderungen auf. In ihr drückt sich die Tatsache aus, daß der eigentliche Wille der Arbeiter in der SPD von einer mit bürgerlichen Organisationen verbündeten, verbürgerlichten, sozial bessergestellten, ja von der Bourgeoisie direkt geführten Bureaucratie verfaßt und vergewaltigt wird.

Das wird auch trotz der zahlreichen Anträge der Mitgliedschaft an den Magdeburger Parteitag nicht anders werden. Diese Bureaucratie läßt sich nicht „biegen“, sie muß „gebrochen“ werden. Sie kann nur dadurch gebrochen werden, daß die Arbeiter sich von der bürokratisierten SPD endgültig abwenden und sich der Kommunistischen Partei anschließen.

Sie wollen das Vaterland nicht wehrlos machen

Die SPD-Führer verteidigen die Kassenstränge der bestehenden Klasse

Auf der SPD-Unterbezirkskonferenz Altona-Herbolte-Bezirk kam es, wie in allen sozialdemokratischen Parteiveranstaltungen, zu schweren Auseinandersetzungen über das Wehrprogramm zwischen den Arbeitern und ihren Führern. Die Differenzen wurden so heftig, daß der Parteisekretär Stühr nach dem bekannten Motto: „O weh, wir haben geglaubt!“ ausrief: „Von mir stammt der Ausdruck, daß ich noch erweilen wird: wir haben am 20. Mai wieder geglaubt!“

Die Arbeiter aber ließen sich durch diese Äußerungen nicht einschüchtern und verteilten offen ihren Standpunkt. Nach dem Bericht der Tageszeitung „Volkstimme“ führte der Arbeiter Dünnhoff, folgen, aus:

„Bei der Wehrvorlage sollte man sich dann hüten, A zu sagen, was nicht auch B sagen zu müssen, und schließlich da zu stehen, wo man 1914 gestanden hat.“

Diese und andere Äußerungen der SPD-Arbeiter, die sich um Klassenkampf gegen Militarismus und Krieg bekümmern, waren den anwesenden Parteiführern natürlich sehr unangenehm, und so erklärte denn der Parteisekretär Steinhoff in seinem Schlußwort:

„Verständlich der Wehrvorlage sei zu sagen, daß mancher zu der Frage der Verteidigung des Vaterlandes ganz andere denkt, wenn ihm das Feuer auf den Rücken brennt. Jedem“

falls dürfte sich die Sozialdemokratie nicht dem Vorwurf aussetzen, das Vaterland wehrlos gemacht zu haben.“

Dieser bearmete Vorwurf lag also ganz klar, weshalb sich die Sozialdemokratie für den Aufbau der imperialistischen Wehrmacht und die Vaterlandsverteidigung einsetzt; um nicht die Vorwürfe von der Bourgeoisie, von den Imperialisten, von den Ausbeutern und Unterdrückten des Volkes einstecken zu müssen, daß sie das Vaterland — lies: die Kassenstränge der ausbeuterischen Klassen — „wehrlos gemacht“ habe!

Die Vorwürfe der Arbeiter, daß sie Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Kriegstreiber leiten, lassen die SPD-Führer fast Ihnen sind viel wichtiger die Vorwürfe der Bourgeoisie, daß sie ihr nicht genug präpariertes Schlachtvieh für das nächste imperialistische Gemetzel liefern...

Wir Kommunisten sind — wir sprechen es offen aus — für die Entwaffnung und Wehrlosmachung der Bourgeoisie, für die Bewaffnung und Wehrhaftmachung des Proletariats. Kann es den Arbeitern, die das Kampferkenntnis der Kommunisten mit dem feigen sozialimperialistischen Kapitalintertum der SPD-Führer vergleichen, schwer fallen, den richtigen Weg zu finden? Ihr Bloß ist in der Kommunistischen Partei!

Die Arbeiteropposition in der SPD wächst

Neue Beschlüsse und Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter

Eine außerordentliche Generalversammlung des Unterbezirks Lobau der SPD nahm mehrere Entschlüsse an zur Wehrfrage an, in denen u. a. die Rückverweisung der Wehrrichtlinien an die Programmkommission, die „Erziehung der Massen zur direkten Verwirklichung jedes Wehrdienstes für den kapitalistischen Staat“ und die „aktive Abwehr aller Kriegshandlungen mit allen Mitteln“ gefordert wird. Ferner heißt es in den Resolutionen:

„Die Generalversammlung fordert vom Parteitag, daß Reichstagsfraktion und Minister verpflichtet werden, gegen alle weiteren Raten für den Panzerkreuzerbau zu stimmen.“

Die Generalversammlung des 2. städtischen Unterbezirks der SPD Finken-Kamern nahm einen Antrag an, nach dem die Reichstagsfraktion umgehend ein Rückwehrprogramm bekanntzugeben soll, das innerhalb der letzten Koalition durchzuführen ist. Dieser Antrag richtet sich gegen den Koalitionsschacher im Reich, bei dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion „führend“ vorangeht.

In der Mitgliederversammlung der Hamburger SPD, Bezirk Barmbeck-Süd, forderte der Arbeiter Biel den Austritt aus der Koalition, die für die Arbeiterklasse keinerlei Erfolge bringe. Der Arbeiter Schmalze berichtete über die Empörung

der Mitgliedschaft gegen das Wehrprogramm und stellte fest, daß eine Verständigung über die verschiedenen Meinungen nicht möglich sei.

Im Distrikt Elmshöfen sprach sich die Mehrheit der Disziplinierender gegen das Wehrprogramm und gegen die Reichswehr aus.

Die Breslauer „Volkswacht“ veröffentlicht am 14. Februar neue Anträge der Breslauer SPD-Arbeiter an den Parteitag, die von der Entrüstung der Arbeiter über das absolutistische Regime der Parteibureaucratie zeugen. So verlangen Kramschmidt, daß den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, des Parteiaussschusses und anderer Parteifunktionäre, die heute über ein Drittel aller Stimmberechtigten auf den Parteitag der SPD stellen, das Stimmrecht entzogen werden soll. Ein weiterer Antrag verlangt:

„Der Parteitag wolle beschließen: Alle parteigenösslichen Minister führen 50 Prozent ihres Einkommens an die Parteikasse ab. Die Beträge werden je zur Hälfte zur Förderung der Erziehungsorganisationen und der Stärkung des Wahlfonds angewendet.“

Ein Antrag, der wie alle anderen oppositionellen Anträge der sozialdemokratischen Arbeiter, jedenfalls keine Gegenliebe auf dem Magdeburger Parteitag finden wird.

„Ihr könnt beschließen was ihr wollt!“

Die Antwort eines Sozialimperialisten an die SPD-Arbeiter

Auf der Wahlkreisversammlung der SPD in Karlsruhe nahmen die SPD-Arbeiter nach einem Referat des „positiven Wehrpolitikers“ Schöpflin und einem Referat Paul Leois eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Kreisversammlung des dritten badischen Agitationsbezirks lehnt die vorliegenden Richtlinien zu einem Wehrprogramm ab, sie hält es nicht für die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sich programmatisch für die Aufrechterhaltung einer Wehrmacht auszusprechen; die Partei hat vielmehr die Aufgabe, in aller Entschiedenheit gegen jede Form der Rührungen zu kämpfen. Deshalb ist auch im Rahmen der praktischen Politik jeder Abbau der Reichswehr zu fördern.“

Diese Resolution, die immerhin verwohnen genug ist, fand natürlich nicht den Beifall Schöpflins, der als Chefredakteur des Karlsruher „Volkstreu“ dazu frank und frei schreibt:

„Die Konferenz lehnt die Richtlinien der Wehrkommission ab; eine Resolution mehr erblickt das Licht der Welt. Zum Glück aber bestimmen den Lauf der Geschichte nicht Resolutionen, sondern die praktische Wirklichkeit... Wir sind sicher, es wird in der Wehrfrage nicht anders kommen.“

Mit anderen Worten: Ihr dummen Arbeiter: könnt beschließen was ihr wollt, an der Stellungnahme der SPD-Bureaucratie für Militarismus und Krieg wird dadurch nichts geändert.

Zünftlicher konnte nicht ausgesprochen werden, daß die SPD-Führer bedenkenlos über den Willensausbruch der Mitgliedschaft hinwegsehen, um „ihre Vaterland zu verteidigen“ und die Arbeiterklasse erneut dem Moloch Imperialismus auszuliefern.

Es ist und bleibt eben eine Illusion zu meinen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an dem Kurs der SPD irgend etwas ändern könnten. In der SPD regieren die Schöpflin, Wels, Hermann Müller, und sie regieren absolut, und die „Linken“ vom Schlag der Gen. Künzler und Sendewitz sind nichts als ihre Hofnarren.

Deshalb heraus aus dieser hoffnungslos imperialistisch verblendeten Partei Sozialdemokratische Arbeiter, tretet ein in die Kommunistische Partei!

Vor dem Kompromiß der Wehrprogrammattiker?

Ausschließliche Äußerungen „linker“ SPD-Führer

In der Breslauer „Volkswacht“ vom 12. Februar veröffentlicht Siegfried Mars einen Artikel über den „Stand der Wehrdebatte“, der ein erstes Wetterleuchten des Kompromisses ist, das die „linken“ mit den rechten SPD-Führern auf dem Boden des Sozialimperialismus vorbereiten. Mars hebt besonders hervor, daß die trennenden, sondern die einigenden Momente der beiden Wehrprogramme des Parteivorstandes und der Zentralkommission hervortreten.

Einmütigkeit besteht nach Mars über das „sozialistische Endziel“, über das „Bekenntnis zu den Brüsseler Beschlüssen“ und „Jerner in Bezug auf einige Punkte des sogenannten Aktionsprogramms: parlamentarische Kontrolle des Heeres und seiner Beziehungen zur Industrie, demokratische Soldatenräte, Beteiligung der Unterführung, die von der Justiz mit Hilfe des Landesvertragsparagrafen dem Militarismus auch in seinen schlimmsten Auswüchsen geleistet wird.“

Also im Ziel, im Abdrückungswinkel, im „grundlegenden“ Charakter, im „praktischen“ Parlamentarismus — kein Unterschied. Aber auch sonst gibt es, nach Mars, zahlreiche Gemeinsamkeiten. So schreibt Mars über die Wehrauffassung der Zentralkommission:

„Im Gegensatz zum Entwurf fordert diese Gruppe nicht nur die politische personelle Umformung der Reichswehr, sondern auch ihren militär-technischen Umbau zu einer „Grenzpolygon“. Wenn dieser Umbau jedoch nicht sehr gründlich wäre, würde Grenzschutz nur einen anderen Namen für Reichswehr bedeuten.“

Andererseits enthält der zabitale Vorschlag der Reichswehrleitung den Charakter eines tatsächlichen Mittels für das Ziel des Antisozialismus und Antimilitarismus, das angeblich vom Parteivorstand ebenso wie von den Zentralkommissionen gewollt werden. — Kurz und gut:

„Gründungswürdig wäre ein Vorschlag, unter Ausschaltung der bösen Streitfrage der Landesverteidigung (1) und

überhaupt des grundsätzlichen Teils „rechte“ wie „linke“ Gruppen an ein Aktionsprogramm konkreter Gegenwartsforderungen zu einigen.“

Ein Einigung also — im Sinne des Opportunismus, dort, wo alle Kapfen grau sind, und wo sich die beiden Wehrreklimen der SPD drüberhaken die Hände reichen in dem gemeinsamen Zittern, die sozialdemokratischen Arbeiter über die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und zum Kriege im Dunkeln zu lassen.

So unanständig das ist, hat doch der Vorschlag von Mars einen Ausblick auf Erfolge: Hat doch schon Max Sendewitz, dieser prominente „Linke“, in der Februarnummer des „Klassenkampf“ dem Parteivorstand den Frieden angeboten; Gebt uns ein Korreferat auf dem Parteitag, Ehes und Stimme im Parteivorstand, und wir werden uns „kameradschaftlich“ vertragen...

Diese Friedensangebote der Sendewitz und Mars kennzeichnen die ganze nichtslagenhe Fühlheit des Wehrgefühls, das die „linken“ und rechten SPD-Führergruppen in den letzten Wochen arrangiert haben. Nicht nur die rechten, sondern auch die „linken“ SPD-Führer sind erstickt von dem Massensturm, der sich in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die sozialimperialistische Auftrüftung, Koalitions- und Staatspolitik der SPD erhoben hat. Diese Welle der Massenbewegung, die über den Kopf der SPD-Führer hinwegrollt, droht, in ein mächtiger Hebel zur Verhängung der beiden kontarrierenden SPD-Führergruppen, einer Verständigung gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft, einer Verständigung im Sinne des Sozialimperialismus.

Die Kompromißbestrebungen im sozialdemokratischen Führerlager aber werden die eifrigen oppositionellen Arbeiterelemente von neuem belehren, daß ihr Klasseninteresse in der SPD der SPD niemals durchsetzen können. Der richtige Weg ist nicht in der SPD die mit dem imperialistischen Staat auf Tod und Leben verbunden ist, sondern einzig und allein in den Kampf der Kommunistischen Partei!

Notstandsmaßnahmen bei der Städtischen Straßenbahn

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich lese heute (15. 2.) in der „Alten Tante“, daß Herr Stadtrat Albrecht in der gestrigen Stadtsitzung die Notstandsmaßnahmen bei der Straßenbahn am dem Personal erleichternd genehmigen lassen. Die Abkündigung an den nicht unvorbereiteten Mann ist die Abkündigung an den Mann, der seit Jahren in der Bahn arbeitet, steht auf dem Papier, bedingt zur Kasse haben einige Abkündigungen statt; die meisten müssen durchziehen, weil ja ganz einfach keine Abkündigung da ist. Das durch Einziehung von Anhängern und Theaterwagen ein-schneidende Personal wird zum Krieg der Kranken gebraucht.

Wie sieht es aber denn mit anderen Leuten? Ich habe am 15. Februar insgesamt 9 Stunden Dienst gemacht, 2 Stunden normiert und von 16 bis 1 Uhr nachts, also 7 Stunden un-normiert. An der Gottliebstraße gab es gar keine Wärmeleitungen, am Bahnhof Mitten aber blies mir durch Kanäle und Armeen keine Zeit zum Wärmen. Mein Brot war gefroren, ich war also nicht in der Lage, während der 7 Stunden etwas zu essen. Mit wachsendem Magen und kaltem Rücken kam ich gegen 2 Uhr nachts nach Hause.

Geißel Getränke an den Endhaltestellen. Schon die Ein-zichung hat aber nur Zweck, wenn man Zeit hat zum Trinken. Das ist aber nicht der Fall, vor allem dann, wenn das Ge-tränke wirklich heiß ist. (Auch hätte die Abgabe der Getränke nicht beauftragt werden müssen; man hat es aber nur durch Weiterlegen — einer dem anderen — erfahren.) Die Herren Stadtväter lägen wirklich zu, wenn sie sich erst selbst ab-zugest, ehe sie auf „faulen Lauber“ hereinfallen, der die Dinge so erscheinen läßt, als ob bei der Straßenbahn alles „in Butter“ wäre und die Straßenbahner lebten wie die Made im Speck.

Neuer Fahrplan der Straßenbahn. Die Straßenbahn schreibt uns: Am Dienstag, dem 19. d. M., tritt für alle Straßenbahn- und Kraftomnibuslinien ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Zeit-tabelle von den Endpunkten haben sich zum Teil geändert. Die genaue Fahr- und Durchfahrtszeiten an den Haltestellen sind im neuen Fahrplanbuch und in den Aushängen-fahrplänen an den Haltestellen ersichtlich. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplanes wird die neue Großgarage Schandauer Straße in Betrieb genommen. Sämtliche Kraft-omnibusse rufen nunmehr von und nach der Schandauer Straße aus und ein. Das neue Fahrplanbuch ist bei den Chauffeuren, Aufsichtsbekleideten, in den Straßenbahnhöfen und an der Zeit-fahrkarteinfahle Stadthaus Theaterstraße 13 für 20 Pf. zu haben. Es enthält die Fahrzeiten und Wagenfolge sämtlicher Straßen-bahn- und Kraftomnibuslinien im Tages- und Nachtverkehr (Nachtwagenfahrten einzeln angeführt), die Tarifbestimmungen und Fahrpreise und enthält ein Straßenverzeichnis mit Stationen.

Der Dorfmüller-Scandal

oder Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr

Die Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Die außerordentlich starken Schneefälle behinderten in erheb-licher Weise den Zugverkehr und Rangierbetrieb und ver-zögerten die Stellung der Lokomotiven im ganzen Bezirke der Reichsbahndirektion Dresden noch mehr als bisher. Große Mühe macht besonders die Weichenreini-gung und die Instandhaltung der Dampf-heizeinrichtungen in den Wagenzügen. (Acht: Personalmangel!) Im Personenverkehr sind die Verspätungen etwa ebenso groß wie in den letzten Tagen. Der Güterverkehr hat dagegen eine Verschlech-terung erfahren, da die Leistungen der Verschiebebahnhöfe naturgemäß weiter zurückgehen mußten. Im Interesse der Kohlenversorgung läßt aber die Reichsbahndirektion Dres-den (wie p. 11) trotzdem Kohlenwagen ausfordern, um sie bevorzugt ihren Zielbahnhöfen zuzuführen, obwohl Kohlenentladungen nach den Bestimmungen nicht zu vor-zugsweise zu befördernden Gütern gehören.(!)

Als auf Kosten der richtungslosen Auspowerung der Eisenbahnen wird der Betrieb noch einigermaßen aufrecht-erhalten!

Die vereiste Gasse

Trotz ausdrücklichem Verbot aller zuständigen Amts-stellen, bewegen sich gestern von früh bis in die späte Nacht Tausende auf der vereisten Elbe, die an einigen Stellen nur schwache Eisbildung zeigt und daher an diesen Stellen besonders gefährlich ist.

Für 50 Arbeiter ein Wascheimer;

In der Kasserfabrik Uhlmann, Dresden-K., Mannstr. 18, sind die Wasserleitungen und Klosettrohre eingefroren. Seit einigen Tagen fehlt Wasser vollkommen. Es sollte welches geholt werden. Der Meister wies, auf die Frage nach geeigneten Ge-fäßen, auf die Spundnäpfe. Die Belegschaft gab darüber ihrem Amalier Auskunft. Schließlich wurde ein Eimer geholt und der Belegschaft zur Verfügung gestellt. Ob sich der Chef wohl auch bei Wassermangel im Spundnapf die Hände wäscht?

Waghalsige Kandidatentour. Bei der Durchsicht der Straßen-bahnabteilung wurde wahrgenommen, daß ein Kandidatentour eine Verbindung von einem Spanndraht der Oberleitung nach seinem Rundfunkapparat hergestellt hatte. Solche verbotswidrige Zuschlüsse sind für den Kandidatentour mit Lebensgefahr ver-bunden. Der Herr Schriftsteller wird deshalb eindringlich gewarnt.

„Fortbildung“ der Postbeamten?

Die Oberpostdirektion Dresden veranstaltet seit Jahren für ihre Beamten Vortragsabende, an denen dem Personal Ge-legenheit gegeben werden soll, seine allgemeinen und fachlichen Kenntnisse zu vergrößern, wie man es so schön in die De-finitionen einträgt. Am Freitag hatte man — im Verein mit den Postfachverbänden — zu einem Lichtbildvortrag nach dem Künsterhaus geladen, in dem der bekannte Forschungs-reisende und Schriftsteller Dr. v. Pappe die Not der „gefähr-lichen deutschen Heimat im Osten“ zu demonstrieren ver-suchte. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, diesen Herrn wegen seiner vielen chauvinistischen Heide etwas unter die Lupe zu nehmen, und so wurde, wie nicht anders zu erwarten, auch dieser Vortrag zu einer ekelhaften nationalistischen Rede. Ausgehend vom Versailler Friedensvertrag wollte er die rein deutsche Vergangen-heit und Kultur Österreichs und Danzigs nach der bürgerlichen Geschichtsschreibung nachweisen, machte aber im gleichen Atemzuge geltend, daß die ursprünglichen Bewohner des Landes, die heidnischen Franken von Deutschen Ritterorden, „belehrt“ und ausgerottet wurden, und rassistische Höhenrhetorik das Gebiet an sich rissen. Mit Bildern von Raubzügen der Ordensritter, einigen guten Landschafts- und Städteaufnahmen, wobei selbstverständlich die Serie „Aus großer Zeit“ verbunden mit den Rhetoren des Ostens“ Hindenburg und Ludendorff nicht fehlen durfte, ver-zuchte Pappe, unter den Postbeamten vaterländische Agitation zu treiben, was natürlich misslang. Die einzige Stelle im Saale wollte ich auch nicht haben, als der Redner, ohne etwas zwei-wündigen Ausführungen mit einer Rede gegen Sowjetrußland, das den deutschen Osten wirtschaftlich ruinieren, gegen das rassisti-sche Polen und Litauen und mit einem Hoch auf die deutsche „Wacht an der Weichsel“ beendete. Die anderen Postbeamten pfeifen auf diese Art Weiterbildung. Sie wissen, daß sie im kapitalistischen Staat nur Ausbeutungsobjekte sind. Mit solchen Vorträgen verhält man, sie über ihre materielle Existenzlage hin-zuzuführen und „Kontaktpunkte“ Elemente heranzubilden. Doch es wird beim Versuch bleiben. Seit ein Rüstungsland wird die kulturelle und berufliche Fortbildung der Arbeiterschaft be-zogen, erst die sozialistische Revolution wird die Opfer imperia-listischer Nationalpolitik im deutschen Osten betreffen.

„Gerlöse Herren“ werden gesucht

Wer zahlt die Spezen? — Der Prozeß der Hunderttausend — Die Habenichtse mit dem Gehfragen

K N kaufen muß man Bienen, Treppen steigen an Türen klopfen mit gezogenem Hut, schmeien, betrügen, reden reden und reden. Die zeitgemäße Existenz für den verarmten Mittelstand — der Provisionstreibende. Das hängt so an. Kalkülisch hast du nichts. Kein Geld, keine Stellung, ein Paar durchgeherte Hosen, schlechte Abiße, ein Schlips, dessen Kanten zu den Boden passen. Der Krugon fällt schon ein bißchen, genau so wie Hosen und Manichetten. Aber sonst ist alles da.



Die erste Kapitalanlage sind 15 Pf. für die Zeitung mit den märchenhaften Annahmen.

Glänzende Existenz!

Wollen Sie viel Geld verdienen? Verkaufen Sie gegen hohe Provision gangbare Artikel. Meldung mit Gerlöse Herren unter A 100.

1000 Mark monatlich

verdienen Sie bei Verkauf der Wäsche, maschine IV durch Besuch bei P. waten Angebote von Herren bester Kreise unter P 000.

Staubsauger, Oberhemden, Pulver, Zigaretten, Kriegspracht-werte zugunsten der Hinterbliebenen, Blusen, Romanzeutungen für Haus und Garten mit Lebensversicherung und Beerdigung

Aus Ostschaffen

„Kriegerehrung“

Cannawalde. Der Krieg ist nun schon ein Jahrzehnt vor-über, und der Spießer hat es noch nicht so weit gebracht ein Kriegerehrenmal zu errichten. Es fehlt immer an dem nötigen „Pulver“. Die Arbeiterschaft hatte die Gefolgschaft versagt und nichts gegeben. Aber wie groß der Gehnemann der Spießer-bürger ist, zeigt deutlich, daß ein Projekt von zwanzig-tausend Mark vorgezogen war, dieser Wahn ist jetzt ge-lassen — auf achttausend. In der Inflation wurde gesammelt, aber das Geld verfiel. Heute geht es nun wieder los. Witt-genüsse an kleine Handwerker, Anbeteiler der Arbeiter usw. um die „höheren Gefühle“ für die „Ehrung“ zu heben. Den Ar-beitern lagen wir: Tauschen zu! Wir werden nicht feilschen in der Annahme, daß das Ehrenmal wieder daneben geht. Wie ist die Stellung der Arbeiter zum Ehrenmal? Nur der Arbeiter trug im Kriege seine Knochen zu Marne. Wer waren die „Kameraden“? Die, die sich heute um Kriegerehrenmal zer-gerben. Was soll das Deutmal? Die patriotischen Gefühle übeln um den nächsten Krieg mit vorbereiten zu helfen! Ar-beiter, leben jeden Biennig ab. Eine „führende“ Persönlichkeit von Cannawalde bezeichnet die heimkehrenden Krieger als „Lumpen“, weil sie „den Krieg verloren hatten“. Heute will diese Gesellschaft, „diesen Lumpen“ ein Ehrenmal legen. Aber die Lumpen sollen das Geld geben. Nein und abermals nein. Auch wir Arbeiter sind für Bedenken an das Vorkommern, aber nicht. Dieser ist für Kerzenlicht für die, die einen an, achttausend soll das Deutmal kosten. Die Zinsen hieron zu 8 Prozent ergibt 640 Mark jährlich. Diese Summe kann jährlich an die Hinterbliebenen verteilt werden, das wäre eine Hilfe für die. Der Steinhäuten aber nicht. Dieser ist für Kerzenlicht für die, die einen „Klempnerladen“ tragen und die den großen Mann spielen wollen. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen: Tauschen zu! (Arbeiterkorrespondenz.)

Renegat Schreier mit den Reformisten gegen die KPD

Zischawitz. In der Donnerstag-Ausgabe ist in dem Stadtratsprotokoll Zischawitz unter obiger Überschrift ge-lagt, daß der „Renegat“ Bhan als 1. stellvertretender Bür-germeister vorgeschlagen worden ist. Diese Bezeichnung „Re-negat“ ist natürlich unzutreffend und ein offensichtlicher Droll-scherz, da die totum, Fraktion den Vorschlag ja unterstützt hat. Wir stellen das fest, da diese Bezeichnung offensichtlich irreführend ist.

An unsere Leser!

In den letzten Tagen ist in der Zustellung der Zeitung an die Abonnenten eine wesentliche Verzögerung dadurch ein-getreten, daß durch die andauernde Kälte die Streckenlinie mit wesentlichen Störungen zu kämpfen hatte. Außerdem wirkten die Zugverzögerungen für rechtzeitige Zustellung an die Ab-nehmer außerordentlich erschwerend. Wir bitten die Ver-zögerung mit den außergewöhnlichen Temperaturverhältnissen zu entschuldigen. Redaktion und Verlag der Arbeiterstimme.

2. Klasse, Gasparier, Porzellankaffee, Stiefelheit. Was ihr wollt, keine Brandentomnis, kein Kapital. Die neue bürgerliche Existenz.

„Was, Vorhuh woll'n Sie hab'n?! Kein Lieber, Sie soll'n sich erst Ihr Geld bei mir verdienen. Ja, Krocheln, werden Sie mal 3 Mark Speienvorschuß für Herrn X an. Sich'n mir aber von der ersten Provision wieder ab, Herr.“

„Bienen Dank!“ (Verbeugung.) Die Arbeit beginnt!

Am Abend hat man 50 Kunden besucht. 20 haben die Tar-gar nicht ausgemacht. Mit logten durch einen Türpall: Wir geben nichts.“ Zwei schmeien den Herrn Reizenden gleich wieder raus. Drei wollten kaufen, aber sie mühten erst mal mit ihrem Mann sprechen... Und zwei faulsten, um den Mann loszuwerden. Je 3 Mark, gleich 6 Mark. Verdient von neun Kaufstücken sind bei 10 Prozent gleich 90 Pf. Eine alte Frau im zweiten Hinterhof schenkte dem Herrn einen Teller Suppe. Guter Reiz.

Täglich 50 Mark

und mehr verdienen Sie bei Besuch unserer Kundenschaft! Eingeführter Artikel. Meldungen unter P. 000.

Täglich 50 Mark?! Das sieht Mann, das sind ja 1500 Mk. im Monat!

Provisionsvorschuß und los! Auf eigene Kosten natürlich an die Schweizer Grenze, wo der Herr Provisionsvertreter des Bauern für 25 Mark pro Stück Oberhemden andrehen soll.

„Ja, Sie werden doch 'nen Bauern noch 'n Hund aufzusuchen können.“ ermuntert ihn der freundliche Arbeitgeber.

Nach vier Wochen ist die Herrlichkeit vorbei. Die Firma schickt kein Geld mehr, unmöglich für den Anfänger, zu diesen Stelle etwas zu verkaufen. 250 Mark Speien sind weg.

Und nun kommt es zum Klappen. Der Chef fragt vor dem Arbeitsgericht Berlin auf Rückzahlung der Speien. Ein Drama schmerzlicher Ausnutzung der Not, eine Tragödie des profession-lieren „Gerlöse Herren“ entrollt sich vor dem Richter.

Die schillernde Seitenblase der „glänzenden Existenz“ in geplagt. Ein Prozeß der Hunderttausenden reisenden, hungern-den und betrogenen Provisionsvertreter.

Wer zahlt die Unkosten, Fahrgeher, Speien usw.? Natürlich der Reisende, sagt der Chef. Natürlich der Chef, sagt der Reisende.

Was riskiert der Chef bei dem Provisionsvertreter ohne Ge-halt? Nichts. Verkauft er nichts, verdient der Reisende nichts. „Freie Bahn dem Lüglichen.“ Ausbeutung in höchster Potenz. Hunderte von Reisenden arbeiten auf diese Art für eine Firma vollkommen umsonst. Die Provision ist in den Verfallsstadium eingekalkuliert.

Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung wurde gefällt. (Ar-bettsgericht Berlin.)

„Die Speien und Unkosten zahlt der Unternehmer, wenn der Provisionsreisende nichts verkauft hat, weil der Reisende in dieser Zeit für die Interessen der Firma tätig gewesen ist. Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden.“

Die Stützen deutscher Rechtsprechung scheinen zu wanken. Es gibt ein Rahmenrecht von arbeitslosen Angestellten, Amb-leuten usw., die in ihrer Noterregung als Provisionsreisende ohne Gehalt auf das schamloseste ausgebeutet werden.

Werden sie endlich aufwachen, werden sie endlich die So-gestelltenverbände zwingen, für die praktische Anerkennung dieses Urteils und Erweiterung, daß kein Reisender mehr ohne entsprechendes Figum und garantierten Speienvorschuß beidrehen werden darf, zu kämpfen?

Abfuhr

Struppen. Am 10. 2. fand im Mittelgasthof eine Rat-ber-suche Erwerbloserverammlung statt. Genosse Reichelt, Dresden, sprach in einem kurzen aber inhaltsreichen Referat über die Not der drei Millionen Erwerbloser und brandmarkte gleich-zeitig das verdräterische Spiel der SPD-Fraktion im Reichstag. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Als nun die hiesigen SPD-Größen in ihrer Not auf die Be-hältnisse in der Sowjetunion hinwiesen, wie sie es aus ihrer Tante nicht anders gewöhnt sind, wurde ihnen auch diese Frage mal so richtig sachlich auseinander gesetzt. Was dann ja freud-lich selbst zugeben mußte. Die Verammelten erklärten sich be-reit, zu kämpfen für die Beileidigung des elenden Erwerbloser-Geistes. Einstimmig wurde beschlossen an der Demonstration in Pilsna teilzunehmen. Betreffs Winterbeihilfe werden die Erwerbloser, die nicht in der Verammlung waren, aufge-fordert sich sofort zu melden beim Ausschuß.

Struppen. Bermüht. Seit kurzer Zeit wird bei der wohnhafte Kassenbote Friedrich Kunath vermisst. Da an-genommen wird, daß er sich ein Leid angetan hat, wird ge-beten, irgendwelche Nachrichten dem hiesigen Gemeindevor-oder der hiesigen Gendarmeriestation zu melden. R. ist 168 Zentimeter groß und hat dunkles Haar. Bekleidet war er mit einer grauen Keitordjacke, brauner Mantelstrolche dunkler Weste und Schnitzstiefel.

Die Folgen der Kälte

Kadeberg. Infolge der starken Kälte und Mangel an Heizmaterial fällt Montag, Dienstag und Mittwoch in den hiesigen Volksschulen, der Berufsschule sowie im Realschulgymnasium der Unterricht aus.

Zittau. Infolge Brennstoffmangel hat der Stadtrat beschlossen, sämtliche Zittauer Schulen ab Samstag früh zu schließen. Nur die höhere Fachschule für Textilindustrie bleibt vorläufig weiter geöffnet, um die Prüfungen, die dort stattfinden, nicht zu unterbrechen.

Annaberg. Was schon längst befürchtet wurde, ist nunmehr eingetreten. Die Wasservorräte gehen zur Neige. So daß bereits die oberen Stadtteile kein Wasser mehr erhalten. Der Rat erläßt eine Bekanntmachung, nach der jedes Wäscher, alle Brunnen und Treppenschleusen, Bäder, Spülen von Ab-wässchen mit Trinkwasser strengstens verboten ist. Man will auf diese Weise versuchen, den Behälter wieder allmählich zu füllen. Trinkwasser wird, soweit möglich, mit dem Sprengwasser ge-fahren.

Töblicher Berkehrsunfall

Schwarzberg. Auf der Staatsstraße Schwarzberg-Annaberg ist eine 20 Jahre alte Gustavdier aus Schwarzberg von einem Kraftwagen einer Auer-Firma angefahren und so schwer verletzt worden, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist sie kurz nach ihrer Einlieferung ihren Verletzungen erlegen.

Erfahren aufgefunden

Eberstadt. Wie der Teil-Aus-Sachverständigen meldet, soll die 30 Jahre alte Marie Köhler aus Georgswalde auf dem Heim-wege vom Mastenball erfroren sein. Sie starb bald nach ihrer Einlieferung in die Krankenhauskammer.



Der Erik am Oberwieg ein erhalten mit Schmarje eine Orts es mo noch Arbeiter her wie taich d herstelln. Immer leit, sich um Kampi des hinaus zum

Niederer Bonie die wohnerschaft überfüllt durch einen Die Wahl der Bürger und Belg (um Entbindung Tem wurde im alle Aus-gesetz betr. hofläse und fort hatte, d delte und da kreierung d annehmen m gestaltung u Begrab auf Unfallstatistik Berchristen, ungenügend Behalt lehr bewilligung, Arbeiter bes higung teilte Niederer-L Fauertrag der Rückjahr handlichen B meijer vertret neuer 1929/31 11 000 Mark Diefem teilte ma nicht un nerband Ba-wendia, daß von Wohnun weita aufgr orts eine la zuehen. I Verchlugfah zur Grund-liehen Bericht entgegnete selbst auf 15 men. Er sch ditiert wir lpruch des abien Geru-walker der Infolge der meier laßt, hinfällig. 3 Kollegiums heitsamt nie gialrentner, wessen Behl überdrückt, dann, daß wären, und Kommunisten die Kührer

Reichen-jen Markt an die nach Stapel. D öffentliche wahl wurde men abgep-bachten ha-jahrt betrag zu verzeihen liden 1. 2. daß bei de Frohen leir Erhöhung i Prozent, g Fraktion d behalt, daß verließen le-fowicis idon-menia Wol-schließen, u-melndewoß geuß des 20 Mark h-mächten P

von leiten-regierung a-Gen. Geme-führungen, löben Kraft-loien zu l-Reichs, un-loien einje-Daß die h-bebar wof-wähnt, da-Fitzau Te-Wirtschaft-orgen hol-margens A-nach häus-es der Ar-halten hat-nach 4 Wo-Eine-bertragtes v-von leiten-munizipale-Müller be-liden jow-danon leit



Aus Ostschlesien



Der Vormarsch der KPD

Etwa am Sonnabend konnten wir melden, daß in Ober-Oderwitz eine Ortsgruppe der KPD gegründet wurde. Heute erhalten wir die Mitteilung, daß eine Anzahl Arbeiter in Schwarznaußlich (Nostok, Baugen) den Entschluß faßten, eine Ortsgruppe der KPD zu gründen. Bisher war es uns noch nicht möglich gewesen, in Schwarznaußlich an die Arbeiter heranzukommen. Diese Neugründung beweist aber, wie falsch die Liquidatoren die Aktivität der Arbeitermassen beurteilen.

Immer größere Arbeitermassen erkennen die Notwendigkeit, sich um das Banner des Kommunismus zu scharen, um den Kampf des Proletariats für seine Interessen und darüber hinaus zum Sturz des kapitalistischen Systems zu organisieren.

Aus der Kommune

Niederbau. Am Dienstag, den 5. Februar fand nach längerer Pause die erste Gemeindevorstandssitzung statt. Die Einwohnerzahl wies großes Interesse. Der Vorberaum war überfüllt. Die Tagesordnung wies 12 Punkte auf und wurde durch einen Dringlichkeitsantrag des Genossen Behold ergänzt. Die Wahl des Vorsitzers ergab nach Vorladung der Bürgerlichen den Bürgermeister, gegen die Stimmen des Genossen Behold und Pohl (SPD). Gemeindevorsteher Lange (SPD) erwiderte um Entbindung von seinem Amt aus Gesundheitsrücksichten (!?) Dem wurde zugestimmt. Für ihn trat Führer nach, der zugleich in alle Ausschüsse (außer Kreditausschuß) einzieht. Das Dringliche betraf die Freilegung der Breite der Ernst-Gabel-Straße, Weinböcklaer- und Weidenstraße wurde, nachdem Genosse Behold betont hatte, daß es sich um sogenannte schwarze Straßenschnitt handelt und daß die Gemeinde nicht in der Lage sei, die Verbreiterung durchzuführen, sondern daß der Staat sich dieser Sache annehmen müsse, einstimmig abgelehnt. Bei dem Punkt „Anpassung der Reichsanstaltsverhältnisse“ wies Genosse Behold auf die wirtschaftlichen Ursachen hin, die zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Der Unternehmer fragt nicht nach Vorschriften, für ihn gilt nur Profit. Die Gewerbeaufsicht ist ungenügend und läßt sehr viel zu wünschen übrig. Genosse Behold lehnte die von den Bürgerlichen geforderte Mittelbewilligung, die nur zu einer fadenfadenigen Reform gegen die Arbeiter benutzt werden soll, ab. Von der Verkehrsabteilung teilte der Bürgermeister mit, daß sich die Linie Meichen-Niederbau-Weinböckla gegenwärtig trage und der Besatz eines Bauerntrags für die Gemeinden abgelehnt habe. Betreffs der Anmietung der Baubehörde wird beschlossen, es der räumlichen Bequemlichkeit auszuliefern zu lassen. Der Bürgermeister tritt den Standpunkt, den Ertrag der Aufwertungssteuer 1929/30 an den Bezirksverband gehen zu lassen, da mit 11.000 Mark nicht einmal 4 Wohnungen erstellt werden könnten. Diesem willigen Standpunkt hielt Genosse Behold entgegen, daß man nicht wolle, daß die Gemeinde nächstes Jahr vom Bezirksverband Bauzuschüsse erhalte, es sei deshalb unbedingt notwendig, daß dies Geld unter allen Umständen zur Erstellung von Wohnungen verwendet werde, eventuell mit Hilfe anderweitig aufzubringender Mittel. Zumal die Wohnungsnot hierorts eine Katastrophe ist. In der Bau von Wohnungen durchzuführen. Trotz dieser kommunikativen Forderungen wurde die Beschließung ausgesetzt. Auch die geforderten Zuschüsse zur Grund- und Gewerbesteuer erklärte er, daß wir die bürgerlichen Vorstände ablehnen. Der bürgerliche Bevollmächtigte Kriemer entgegnete, weil die Dittler sei und das Kollegium sie nicht selbst auf 100 Prozent geschraubt habe, soll man sie ja annehmen. Er scheint überhaupt alles annehmen zu wollen, was ihm dittler wird, wenn es in seinem Interesse liegt. Einen Einspruch des Rates von Meichen in der Sicherung wegen des üblichen Geräusches und der Verunreinigung durch die Schmelzwasser der Dittlerstraße gibt man an die Oberbehörde zurück. Anläßlich der Ausdehnung des Märktenabens, der mehrere Kilometer läuft, betont er die Bitte, seien die Bebauungen hinsichtlich der Bürgermeisterei nicht, daß das Gründen des Kollegiums die Arbeitslosenkontrolle zu erleichtern, beim Arbeitsamt nicht betrachtet hat. Für die Klein-, Alters- und Sozialrentner, sowie die Erwerbslosen fordert ein Antrag des Genossen Behold eine Wasserzählung. Die Bürgerlichen waren überfordert. Sie verlangten 10 Minuten Pause und erklärten dann, daß vielleicht die Rütgers-Werte 1/2 Kohlen liefern würden, und daß man sich deshalb nicht mit diesem Antrag der Kommunisten zu beschäftigen brauche. Unbeschadet dessen, was die Rütgers-Werte eventuell liefern (man wolle im Kollegium

Aus dem Gemeindepapament

Reichenau. Bei überfülltem Zuschauertraum — und dem kurzen Wort „Schluß“ von Seiten des diensthabenden Polizeibeamten an die noch Einlasssuchenden — ging die letzte Sitzung vom Stapel. Der Verwaltungsbereich 1928 lag gedruckt vor. 18 öffentliche Sitzungen haben stattgefunden. Bei der Reichstagswahl wurden von 4679 blinderberechtigten Wählern 3920 Stimmen abgegeben, die von 479 für unsere Partei. Zum Volksbegehren hatten sich 176 Personen eingetragen. Die Einwohnerzahl betrug gegenwärtig 7457 Personen. Kirchenaustritte waren zu verzeichnen; aus der evangelischen Kirche 44, aus der katholischen 4. Betreffs Lebensmittelunterstützung war zu verzeichnen, daß bei den aus 15 Lebensmittelgeschäften entnommenen 114 Proben keine Beanstandungen erfolgten. Zum nächsten Punkt: Erhöhung des Wasserzins vom 1. April 1929 von 50 auf 100 Prozent, gibt Gen. Gemeindevorsteher Klemm im Namen der Fraktion die Erklärung ab, dem zustimmen unter dem Vorbehalt, daß man in bald wie möglich von Seiten der Gemeinde verstanden soll, die Abnahme der Schmidt'schen Wasserleitung, die sowohl schon höher beschloffen werden und bei Trockenheit nur sehr wenig Wasser bekommen an die Gemeindevorstellung anzuschließen, um auch sie in den Genuss der immer noch billigeren Gemeindevorstellung kommen zu lassen. Dem Unterhaltungsplan des Vereins für Arbeiterkolonien wurde entprochen und 20 Mark bewilligt. Zu einer neuen Ansprache kam es beim nächsten Punkt betreffend die

Eingabe der Erwerbslosen

von Seiten des Gemeinderates Protokoll bei Landes- und Reichsregierung zu erheben gegen die Einführung der Sonderfürsorge. Gen. Gemeindevorsteher Böhmner beurteilte bei seinen Ausführungen, das Verhalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fraktionen, die noch immer versuchen, die Not der Erwerbslosen zu verharmlosen, durch Ausdehnung der kommunikativen Reichs- und Landtagsabgeordneten, welche sich für die Erwerbslosen einsetzen, durch Demonstrationen und Petitionen. Daß die Sonderfürsorge eine isolierte Verschleierung bedeute, bedarf wohl keiner weiteren Worte. (Als Beispiel sei nur erwähnt, daß der einzige Arbeitsnachweis auf Anweisung von Frau Textarbeit und Arbeiterinnen, welche zu Hause die Wirtschaft und noch drei kleine Kinder und noch mehr zu versorgen haben, nach Obersdorf vermittelt. Sie sind dann nur morgens 4.30 bis abends 19 Uhr auf den Beinen und sollen noch häusliche Arbeiten verrichten.) Bemerkenswert ist, daß es der Arbeitsnachweis bis heute noch nicht für notwendig gehalten hat, das Jahrgeld den Betroffenen zurückzuschicken — nach 4 Wochen!! Mit Mehrheit wurde der Antrag angenommen. Eine zweite Eingabe betreffend die Zahlung des Differenzbetrages zwischen Sonderfürsorge und Erwerbslosenunterstützung von Seiten der Gemeinde wurde gegen die Stimmen der kommunikativen Fraktion abgelehnt. Gen. Gemeindevorsteher Böhmner beleuchtete hierzu das unpolitische Verhalten der bürgerlichen sowie sozialdemokratischen Fraktion, welche sich immer nur davon leiten lassen, daß kein Geld da sei. Auf eine Anfrage des

mit 200 Jentnern herum), wurde schließlich auf energisches Verlangen des Genossen Behold mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, aus Gemeindegeldern 200 Jentner zu bewilligen. Bei der Beratung im Bürgerausschuß wird Genosse Behold die Vertretung dieser Kohlen kontrollieren können.

Was hat es mit dem Schokoladenrevolver in Reichendorf für eine Bewandnis?

Reichendorf. Es ist notwendig, daß man in aller Öffentlichkeit einmal die Gerüchte behandelt, die in Reichendorf von Mund zu Mund gehen. Es wird erzählt: Im Herbst 1928 um die Kirchengasse herum, kommt der Kontrolleur des Finanzamtes zum Steuerzahler Schneider in Reichendorf, kontrolliert die Steuerzahlung und stellt dabei fest, daß der Gutsbesitzer Wirtgen, sehr aktives Landbaumitglied, mit rund RM 1000.— Steuern im Rückstand ist. Der Steuerzahler Schneider wird aufgefordert, sich um den Eingang der rückständigen Steuern zu kümmern und als er in Erledigung dieses Auftrages beim Gutsbesitzer Wirtgen (der größte Bauer in Reichendorf) erscheint, jagt ihn Wirtgen mit dem vorgehaltenen Revolver nach Hause und verfolgt ihn bis zum Bürgermeister, wo er droht, alle beide niederzuschlagen. Den Revolver soll er dann auf den Tisch geworfen haben. Nachdem diese Vorfälle in die Öffentlichkeit gedrungen waren, behauptete Wirtgen, der Revolver wäre aus Schokolade gemacht!

Später erklärte er noch die Folgen eines Kriegseidens wären an seiner Ausrüstung Schuld. Allerdings muß man sich da fragen, ob die Tätigkeit Wirtgens, des einzigen Militärs der Gegend, als Kuttermeister in der Gruppe wirklich so aufregend gewesen ist, daß heute hin und wieder noch Anfälle auftreten!

Soweit die Erzählungen, die in Reichendorf und Umgebung von Mund zu Mund gehen. Es muß hier entschieden festgestellt werden, daß einwandfrei zu der Sache Stellung genommen wird. Es ist selbstverständlich, daß die Anwesenheit des schokoladenartigen Wirtgen im Dorfe lebhaft Anruhe hervorruft.

Bei dieser Gelegenheit muß man noch eine Bemerkung machen. Am 3. Februar 1929 fand im Gasthof Reichendorf ein Bratwurstschmaus statt. Wirtgen war auch dabei und in einer

Was hinter dem Zauberschleier steckt

Reformistische Schachzüge gegen Arbeitersportler

Birna. In ganz Deutschland führt die reformistisch verordnete sozialdemokratische Führerschaft den Kampf um die Arbeiterorganisationen der Arbeiterschaft. Sie will den Klassenkampfgedanken aus dem Hirnen der Arbeiter herausstreifen, damit sie sich zur Verschönerung an die bürgerlichen Sportorganisationen wenden, wobei den Reformisten jedes Mittel recht ist. In dieser Front stehen auch einige Sumpfbilder der Birner Sportbewegung. Seit Jahren besteht hier eine Arbeitergruppe unter dem Namen „A. Kubello“, deren Mitglieder sämtlich der „Internationalen Arbeiterliga, Freigemeinschaftlicher Zentralverband der Arbeiter Deutschlands“, angehören. Unter den immerwährenden Veränderungen hat sich diese Arbeitergruppe zu dem entwickelt, was sie heute ist. Als Vorkämpfer wurde vor vielen Jahren der Genosse Gottschaldt vom Meißner gezwungen, im bürgerlichen Turnverein zu treten. Als guter Turner erwachte bald bei ihm die Lust und Liebe zur Kampfbahn des Artisten. So geschah es, daß er nach Beendigung seiner Lehrzeit Anstellung als Statist im Julius Sarrasin fand und somit Gelegenheit hatte, mit Artisten bekannt zu werden, die ihm auch gelehrt wurden. Während des Vorkämpfers wurde auch der Genosse Gottschaldt einberufen. Zu Beginn der Revolution, die von den Reformisten niedertätig wurde, schloß er sich zum erstenmal als Klassenbewußter Arbeiter und ließ sich in die Arbeiterbewegung einreihen. Hier lernte er zwei Freunde kennen, die ihn aufforderten, in den Arbeiterturnverein einzutreten, was auch geschah. Da er noch immer hehrte war, die Artistenlaufbahn zu ergreifen, ludte er unter seinen Sportgenossen geeignete Leute und begann mit ihnen akrobatische Übungen zu treiben. Es dauerte auch nicht lange und er hatte eine kleine Gruppe gebildet, die schon ganz annehmbare Leistungen zeigte. Das veranlaßte den damaligen Leiter der Freien Turn-, Sport- und Spielvereinigung Birna, Hille, dieselben als eine Nummer für sich zu bezeichnen und entsprechend bei Veranstaltungen besonders hervorzuheben. Hille die Vereinschule Birna gründete, mußten die Akrobaten, wie man sie nun nannte, Mitglieder derselben werden und waren auch ständig das Zugmittel bei allen Veranstaltungen der Vereinschule. Mit der Schule wurden dann auch Gastsportler nach auswärts unternommen, unter anderem auch nach Böhmen. Hier machten G. u. L. die Feststellung, daß Hille als Leiter Turnschule, die er bei einem ausgesprochen realistischen Turnschulabsichtanten aus Böhmen bezog, von den Kindern der Schule über die Grenze schmuggeln ließ, um sie dann zu ihrem Nutzen zu verkaufen, natürlich in die dortigen Turngenossen. Er schaute sich somit nicht, die beim Bunde bestehende Turnabsichtanten zu geben, anstatt, wie es sich als Leiter geziemt, für dieselbe zu sorgen. Daraufhin, und durch die fortwährenden Defizite (trotz ausverkaufter Häuser) beim Auftreten der Schule aufmerksam geworden, verlangten die Genossen eine Abrechnung, wo festgestellt werden mußte, daß Hille weiter, Schriftführer, Kassierer usw. in einer Person war. Belege und Quittungen waren so gut wie keine da, dagegen Aufzeichnungen über Verbindlichkeiten für Lichtanlagen, mit denen es folgende Bewandnis hatte. Diese Anlagen betrachtete Hille als sein Eigentum und verborgte sie für teures Geld an andere Vereine. Er hatte dabei ganz vergessen, daß seine eigenen Genossen es waren, die diese Anlagen größtenteils hergestellt hatten, in dem Glauben, es sei für den Verein. Die Forderung der Genossen auf eine Abrechnung sollte ihnen aber teuer zu stehen kommen. Von nun an bekämpfte Hille seine einzige Jugennummer, die Akrobaten, wo er war konnte, denn dieselben konnten ihm bei seiner weiteren Tätigkeit doch nur gefährlich werden. Er wollte keine Akrobaten, sondern nur Turner und Sportler erziehen, was laut eigenen Aufzeichnungen jetzt keine Parole. Das hinderte ihn aber nicht daran, eine neue Akrobatentruppe zu bilden. Das veranlaßte natürlich die Genossen um Gottschaldt, ihre Übungsstunden und Anspornungen derselben durch Hille in Veranstaltungen haben dann G. u. L. ihren Austritt aus der Freien Turn- und Spielvereinigung vollzogen. Gottschaldt trat später zur Sparte der Fußballer über. Nach ihrem Austritt haben die Genossen ihr Können bei Veranstaltungen von Arbeitervereinen zur Verfügung gestellt. Hille brachte es aber auch hier fertig, das Auftreten dieser Truppe zu verhindern (Verleumdung, Abil. Kraftfahrer). Durch Anschaffung von Garderobe, Apparaten usw. in Schulden geraten, waren sie nunmehr gezwungen, sich das Geld dort zu holen, wo es ist, auch bei rechts gerichteten Vereinen, wo sie es sich durch ihre Leistungen erhaschen verdienten. Dieser Schritt der nunmehr ins Leben gerufenen „A. Kubello“ war den Hille und Genossen „Böser auf die Wühler“, hatten sie doch nun Grund, erneut ins Feld zu ziehen und den Genossen Ludwig, der sich dieser Truppe angeschlossen hatte, aus dem Arbeiterturnverein herauszuschmeißen. Ein gegen den Ausschluß dieses Genossen an den Bezirk gerichtetes Schreiben wurde in 10 Minuten in einer Bezirksabteilung unter dem Beistand Erhardt, Seier, Hille und Schirmer abgelehnt. Auf Vorkhaltung Ludwigs, daß doch Hille auch bei bürgerlichen Vereinen mit seiner Schule aufträte (Kantinenzählerverein Heidenau), schenkte sich Erhardt nicht, zu erklären, daß er den Verein kenne, das seien meist Arbeiter. Daß aber die Spitzen dieser Organisationen lauter Reaktionäre sind, zählt bei dieser Sorte Arbeiterportlervertreter nicht, auch ist es nicht so schlimm, wenn Mitglieder des Arbeiterturnvereins gleichzeitig in bürgerlichen Vereinen sind. So sieht die Aufbaubarkeit der Reformisten aus. Schwere Kräfte werden unterbunden, wenn sie nicht nach der Welle dieser Sorte von Sportlern wie Hille, tanzen. Arbeiterportler, jort dafür, daß diese Genossen wieder aufgenommen werden, und weiter vor allen Dingen, daß diesen reformistischen Spaltern das Handwerk gelegt wird.

sehr feuchtschweißigen Stimmung fiel ihm ein 50-Mark-Schein auf den Fußboden. Von einem anderen wurde er aufgehoben und den Wirtgen wieder zurückgegeben (er vermeintete die Annahme mit der Bemerkung: „Ich brauche den Dreck nicht“). Es wäre nicht verwunderlich, wenn Wirtgen besser zu bezahlen und ihnen etwas mehr vermandt, seine Leute besser zu bekommen und daß ihnen der Profitor Wirtgen wenig Lohn bekommt und daß ihnen der Profitor Wirtgen sehr hoch gehängt wird. Die Folge ist, daß Wirtgen aller Augenblicke die Leute wechselt und aus der Umgebung überhaupt niemand mehr bekommen kann.

Dieser Mann ist nun führendes Mitglied des Landbundes. Er demonstriert durch sein ganzes Verhalten immer wieder, daß der Landbund nur die Interessen der Großagrarier vertritt. Die Kleinbauern von Reichendorf und Umgebung müssen sich Wirtgen mit der Bratwurstschmaus einlassen. Es wird wirklich mit 50-Mark-Scheinen um sich. Es wird wirklich gezeichnet, daß sich die Kleinbauern bestimmen und ihren gezeichneten Führern energisch zu Liebe rücken. Von diesen Leuten haben sie nichts zu erwarten, sie werden verraten und betrogen, im Interesse der Großagrarier. Sie werden ausgezehrt zu Demonstrationen, sie müssen sich wie im Paradies der Roman aufmarschieren, sie dürfen sich wie im Paradies die höchste Zeit, und kommen der Großagrarier. Es wird wirklich höchste Zeit, daß sich die Kleinbauern mit den Arbeitern verbünden, die Einheitsfront der Ausgebeuteten von Stadt und Land schließen und gegen den gemeinamen Unterdrücker kämpfen.

(Kleinbauernkorrespondenz.)

Größe Sparjamkeit im Wasserverbrauch!

Kobberg. Wie der Stadtrat mittelst, sind infolge des strengen Frostes die Wasserläufe aus den Quellgebieten zurückgegangen und Rohrbrüche entstanden, durch die große Wassermengen verloren gehen. Damit die Wasserversorgung so lange als möglich aufrechterhalten werden kann, ist äußerste Sparjamkeit im Wasserverbrauch dringend geboten.

Die Hausbesitzer werden dabei in einer Bekanntmachung ermahnt, die Wasserleitung bis auf eine Zapfelle im Keller oder im Waldhaus zu sperren. (!) Die gesamte Einwohnerzahl wird weiter gebeten, nicht nur alles zu fördern, was zur Wasserversorgung beiträgt, sondern insbesondere auch die dauernd Wasserrohrbrüche laufende Wasserverminderung nach Kräften zu unterstützen und Maßnahmen, die auf einen Wasserrohrbruch schließen lassen, zu melden.

lebfragen

as ihr wollt

horgelblat

er, Se soll n

in, welchen

Siehn mit

den die Zer

spalt: Wie

gleich wieder

mit ihrer

osumieren

Vorfunden

in, zweier

unter Renh

ju 1500 Mit

ren natürlich

vertreter an

en soll.

aufmerksam

Die Himm

t, zu ihrem

agt vor die

Ein Drama

s proletari

„Erzählen“ in

en, hungert

? Natürlich

der Reizien.

der ohne Ge

hende nicht

hfter Boten

eine Firma

Verkaufpreis

gefällt. (Er

chner, wenn

Reizende in

en ist Gegen

zu wanken,

„Hien, Kauf

weilende ohne

lich die An

Anerkennung

er mehr ohne

schlechte

ine Kraft be

st, Dresden

at über die

markt gleich

an Reiches

ufgenommen

auf die Bes

aus ihrer

diese Frau

nn ja Freie

irten sich be

erwerbslose

emokratien

werden die

aus-

bed bei die

Da an-

st, wird ab

Gemeindeamt

8. in Jahr

zeit war er

soic, duntler

angel an

Mittwoch in

im Reich

der Statist

und früh zu

quiritz bleibe

t stattfinden.

it summe

11. 11. 1928

er erhalten

den Wähler

von 4679

an will auf

schon zu füllen

magazin

ber-

zengens vor

nd 10 Jahre

nicht werden

ihren, Ver

der, soll die

dem Schin

nach über

SLUB

Wir führen Wissen.

DRESDEN-STRIESEN

Wiesener Musikhaus
Bismarckstraße 28a
Friedr. 1111, Elektr. u. Musikapparate, Verfr. von Schallplatten u. Gramm. Schellack. 47792

Hub-Lötsch
Lagerhausstraße 13b, Hute, Mützen, Spez. Herren-Artikel

Auto- und Metallwarenhandlung
2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Max Baumgärtel
Spirituosen und Weinhandlung
Wittenberger Straße 92
47306

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Emil Otto, Schandauer Str. 61
47306

Tabak- u. Zigarren-Haus ERKLBBEN
Bismarckstr. 28a, Hohenberg-Lisa-Eisenstr.
47370

Schuhhaus Sander
Tittmannstraße Nr. 17
Großes Lager in Herren-, Damen- und Kinderschuhwerk. Spezial-Laschnenschuh mit Senk-keilsohle. 100% Reg. im Haus.

Kohlen, Gustav Richter
47449, Angsbürger Straße 12

Gumm- und Schläuchenhandlung
Dauerstraße 11, H. Worflich
47791, Döbmitzstraße 18

Restaurant Deutsche Eiche
Verkehrslokal der Arbeiter
W. Bachmann, Huttenstr. 1
47792

Paul Geißler, Pfischmann Nachf.
Milch, Butter und Kolonialwaren
Lautensteiner Straße 88, Tel. 88067
47372

Striesener Ratskeller
Adrianstr. 10
47370

DRESDEN-JOHANNSTADT

Nicolai-Drogerie
Curt Sobule, Zöllnerstraße 1
Drogen, Farben, Lacke, Chemikalien
47375

Tanzpalast Blumensäle
47333

Ulrich Goldwaren Optik
25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

HEIDENAU

HANS FRATZKE
Bahnhofstraße 15
47360

Eisenwaren / Werkzeuge Haus- und Küchengeräte
R. Näge, Dresdner Straße 18
47306

H. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Panzer, Bismarckstr. 32
47370

Wohlfühlhaus Otto Schmidt
Bismarckstraße 11
46600

Franz Frode, Bismarckstraße Nr. 39
empfiehlt sich zur Anfertigung feiner
Kunst- u. Industrieartikel

Möbelhaus Mütze
Hilfenstraße 2
Brau-Ausstellungen
Gegenüber dem - Niedrigste
Preise - Feinbearbeitung, gestaffelt

PAUL KLIMMER
Auto- und Motorradreparatur
Motorräder NSU & Tankstelle
47324

Restaurant „Zur Eiche“
Dreißigste, Dreißigste
47324

Auto-Drogerie Georg Klumb
47370

Kurz- und Galanteriewaren
Kandlauer, Bismarckstraße 5
47360

Max Maria, Bismarckstraße Nr. 58
Zigarren & Sigaretten & Tabak
auch mit Fernverkauf & Telefon, 47360

HEIDENAU-NORD

Strabburger Nutzbazar
Das Spezialgeschäft für alle Haus-
bedarfsartikel / Bismarckstraße 1
47375

Modchhaus Ethig-Lottich
Bahnhofstraße 10
47360

HEIDENAU-NORD

Wohlfühlhaus Otto Schmidt
Bismarckstraße 11
46600

Robert Ebert, Bismarckstraße Nr. 58
Zigarren & Sigaretten & Tabak
auch mit Fernverkauf & Telefon, 47360

DRESDEN-LAUBEGAST

Kurt Piersig
Bismarckstraße 2, Telefon 46820
47360

DRESDEN-REICK

Robert Dörfel
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und
Küchengeräte / Oesterreicher Str. 27
47350

NIEDERSEDLITZ

Friedrich Günther
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte, Werk-
zeuge, Haus- und Garten, Dekor.
gegenüber, 1891 und 1892

PIRNA

WIGENO-Pirna
Hygienisch einwandfrei Milchvertrieb für die gesamte An-
baugeschäft Pirna. Sämtliche Molkeerzeugnisse in bester
Qualität preiswürdig durch Verkaufsoversee in allen Dis-
tributionsstellen auch beim Konsumverein

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

DRESDEN-LEUBEN

Friedrich Kleinmann
Bismarckstr. 28a, Hohenberg-Lisa-Eisenstr.
47370

DRESDEN-LEUBNITZ

Max Brunner, Alt-Leubnitz 21
47325

STRUPPEN

Walter Thomas
Hauptstraße
47325

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

DOHNA

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

KREISCHA

Robert Dörfel
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und
Küchengeräte / Oesterreicher Str. 27
47350

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

BAD SCHANDAU

Süde, Hügel, Hügel
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN

Erhardt Bachmann
Reitbahnstraße 10
47375

PAUL GREGOR

Paul Gregor
Bismarckstraße 11
46600

RUDOLPH HAJEK

Rudolph Hajek
Bismarckstraße 11
46600

KONIGSTEIN

Paul Schumann
Bismarckstraße 11
46600

PIRNA-COPITZ

Emil Jähngen
Fahrräder / Nähmaschinen
Ersatzteile
Reitbahnstraße 21
47361

ERHARDT BACHMANN